

Markus Marterbauer

Anhaltend geringes Wirtschaftswachstum

Prognose für 2003 und 2004

Die österreichische Wirtschaft wird im Jahr 2003 zum dritten Mal in Folge um nur etwa 1% wachsen. Zur anhaltenden Schwäche der Inlandsnachfrage kommen die wirtschaftlichen Auswirkungen der geopolitischen Instabilitäten. Für 2004 sind die Unsicherheiten besonders groß, derzeit wird neuerlich ein unterdurchschnittliches Wachstum angenommen (+1,7%). Die schlechte Wirtschaftslage hat einen weiteren Anstieg von Arbeitslosigkeit und Budgetdefizit zur Folge.

Die Konjunkturprognose entsteht jeweils in Zusammenarbeit aller Mitarbeit des WIFO. • Abgeschlossen am 26. März 2003. E-Mail-Adresse: Markus.Marterbauer@wifo.ac.at

Die österreichische Wirtschaft wuchs im Jahr 2002 real um 1%. Das entspricht etwa dem Wert, den das WIFO schon im Dezember 2001 prognostiziert hatte (+1,2%). Im III. und IV. Quartal expandierte das BIP saisonbereinigt allerdings nicht mehr. Die Stagnation dürfte sich heuer fortsetzen. Die Auswirkungen der geopolitischen Instabilitäten auf die Gesamtwirtschaft tragen dazu ebenso bei wie die nicht überwundene Schwäche der Binnennachfrage. Das Wirtschaftswachstum wird in Österreich im Jahr 2003 nur 1,1% betragen. Damit erreicht die Rate das dritte Jahr in Folge nur etwa 1% pro Jahr. Ein so geringes Wachstum über drei Jahre war bislang noch nicht zu beobachten.

Die Aussichten für 2004 sind derzeit von großen Unsicherheiten über die Entwicklung der geopolitischen Lage und die Reaktionen der Wirtschaftspolitik geprägt und deshalb noch sehr vage. Für das kommende Jahr wird gegenwärtig ein Wachstum von 1,7% angenommen – neuerlich weit unter dem langjährigen Durchschnitt. Sowohl 2003 als auch 2004 dürfte die heimische Wirtschaft damit etwa im gleichen Ausmaß expandieren wie im Durchschnitt des Euro-Raumes. Ein Konjunkturaufschwung scheint in Europa nur möglich, sofern die weltweiten Unsicherheiten wegfallen und die Rohstoffpreise merklich zurückgehen. Die vorliegende Prognose nimmt als externe Rahmenbedingungen einen Erdölpreis von 29 \$ je Barrel im Jahr 2003 und 23 \$ im Jahr 2004 sowie einen Wechselkurs von 1,08 \$ je Euro an.

Die real-effektive Aufwertung der Währung dämpft die Steigerung des österreichischen Exports. Die Warenausfuhr wird sich heuer real um 4,3% und im kommenden Jahr um 7,5% erhöhen. Wie in den vergangenen zwei Jahren bleibt der Export aber – trotz der ungünstigen internationalen Rahmenbedingungen – der wichtigste Wachstumsmotor der österreichischen Wirtschaft. Die mäßige Expansion der Auslandsnachfrage veranlasst die Exportunternehmen zu Zurückhaltung im Bereich der Investitionen. Die Ausgaben für Maschinen, Fahrzeuge, Elektrogeräte und Software dürften heuer real um nur 3% ausgeweitet werden, nachdem sie seit 2000 kumuliert um 13% eingebrochen sind. Gegen Jahresende sind vor dem Auslaufen der befristeten Investitionsprämie Vorzieheffekte zu erwarten. Erst 2004 könnte eine konjunkturelle Erholung der Investitionstätigkeit eintreten (Ausrüstungen +5,5%). Auch das Wachstum der Sachgüterproduktion bleibt nachfragebedingt schwach, es erreicht real nur 1,8% (2003) bzw. 3% (2004). Das ist zu wenig, um einen neuerlichen umfangreichen Abbau von Arbeitsplätzen in der Industrie zu verhindern.

Die Entwicklung der Inlandsnachfrage liegt weiterhin unter dem langjährigen Durchschnitt. Nach dem Rückgang in den Jahren 2001 und 2002 ist heuer allerdings eine

leichte Zunahme zu erwarten. Die Ausgaben der privaten Haushalte werden durch die schlechte Lage auf dem Arbeitsmarkt und die schwache Entwicklung der Nettomasseneinkommen gedämpft. Sie expandieren aber um knapp 1½%, während der öffentliche Konsum stagniert. Die Bauinvestitionen erholen sich im Bereich des Tiefbaus aufgrund verstärkter Infrastrukturausgaben für Schiene und Straße, dem Hochbau fehlen hingegen Impulse.

Der Preisauftrieb beschleunigt sich auf Verbraucherebene heuer leicht, die Inflationsrate wird 1,9% erreichen. Dies ist sowohl auf die Energieverfeuerung als auch auf den Anstieg der Dienstleistungspreise, vor allem im Bereich des Wohnungsaufwands, zurückzuführen. Dazu kommt eine Steigerung der Preise von Industrieerzeugnissen. Im kommenden Jahr verlangsamt sich die Inflationsrate wieder auf etwa 1½%. Der hohe Außenwert des Euro dämpft den Anstieg der Importpreise, von Seiten der Lohnstückkosten ist kein Preisdruck zu erwarten.

Übersicht 1: Hauptergebnisse der Prognose

		1999	2000	2001	2002	2003	2004
		Veränderung gegen das Vorjahr in %					
Bruttoinlandsprodukt							
Real		+ 2,7	+ 3,5	+ 0,7	+ 1,0	+ 1,1	+ 1,7
Nominell		+ 3,4	+ 5,0	+ 2,3	+ 2,3	+ 2,4	+ 3,5
Sachgütererzeugung ¹⁾ , real		+ 3,0	+ 6,5	+ 1,3	+ 0,2	+ 1,8	+ 3,0
Private Konsumausgaben, real		+ 2,3	+ 3,3	+ 1,5	+ 0,9	+ 1,4	+ 1,9
Bruttoanlageinvestitionen, real		+ 2,1	+ 5,9	- 2,2	- 4,8	+ 2,0	+ 3,3
Ausrüstungen ²⁾		+ 4,9	+ 11,8	- 2,9	- 8,9	+ 3,0	+ 5,5
Bauten		+ 0,0	+ 1,2	- 1,5	- 1,2	+ 1,2	+ 1,5
Warenexporte ³⁾							
Real		+ 7,7	+ 13,1	+ 7,5	+ 5,5	+ 4,3	+ 7,5
Nominell		+ 7,0	+ 15,6	+ 6,5	+ 4,1	+ 5,3	+ 7,7
Warenimporte ³⁾							
Real		+ 6,9	+ 10,9	+ 5,7	- 0,9	+ 4,6	+ 7,5
Nominell		+ 6,7	+ 14,7	+ 5,0	- 2,2	+ 6,5	+ 7,0
Leistungsbilanzsaldo	Mrd. €	- 6,33	- 5,36	- 4,65	- 0,91	- 1,90	- 1,82
	in % des BIP	- 3,2	- 2,6	- 2,2	- 0,4	- 0,9	- 0,8
Sekundärmarktrendite ⁴⁾	in %	4,7	5,6	5,1	5,0	3,9	4,0
Verbraucherpreise		+ 0,6	+ 2,3	+ 2,7	+ 1,8	+ 1,9	+ 1,4
Arbeitslosenquote							
In % der Erwerbspersonen ⁵⁾		3,9	3,7	3,6	4,1	4,2	4,2
In % der unselbstständigen Erwerbspersonen ⁶⁾		6,7	5,8	6,1	6,9	7,0	7,0
Unselbstständig aktiv Beschäftigte ⁷⁾		+ 1,2	+ 1,0	+ 0,4	- 0,5	- 0,1	+ 0,3
Finanzierungssaldo des Staates (laut Maastricht-Definition)	in % des BIP	- 2,3	- 1,5	+ 0,3	- 0,6	- 1,2	- 1,0

¹⁾ Nettoproduktionswert, einschließlich Bergbau. – ²⁾ Einschließlich sonstiger Anlagen. – ³⁾ Laut Statistik Austria. – ⁴⁾ Bundesanleihen mit einer Laufzeit von zehn Jahren (Benchmark). – ⁵⁾ Laut Eurostat. – ⁶⁾ Laut Arbeitsmarktservice. – ⁷⁾ Unselbstständig Beschäftigte ohne Bezieher und Bezieherinnen von Karenz- bzw. Kinderbetreuungsgeld, ohne Präsenzdienster.

Das geringe Wirtschaftswachstum hatte 2001 und 2002 einen Anstieg der Zahl der Arbeitslosen um kumuliert 38.000 zur Folge. Eine Umkehrung dieses negativen Trends zeichnet sich für 2003 und 2004 nicht ab. Heuer wird die Zahl der aktiv Beschäftigten nochmals leicht zurückgehen. Neben der Sachgütererzeugung gehen auch im Bauwesen und im Handel viele Arbeitsplätze verloren. Der öffentliche Sektor plant eine Fortsetzung des Beschäftigungsabbaus. Die Zahl der Arbeitslosen nimmt weiter zu und erreicht im Jahresdurchschnitt 2003 240.000 (+8.000). Die Arbeitslosenquote beträgt 7,0% der unselbstständigen Erwerbspersonen nach traditioneller österreichischer Berechnungsmethode bzw. 4,2% der Erwerbspersonen laut Eurostat. Im Jahr 2004 könnte die Beschäftigung verhalten zunehmen. Die Zahl der Arbeitslosen wird allerdings nicht sinken, weil mit dem Inkrafttreten erster Schritte zur Abschaffung der Frühpension und dem zu erwartenden starken Zustrom ausländischer Arbeitskräfte das Arbeitskräfteangebot merklich zunimmt.

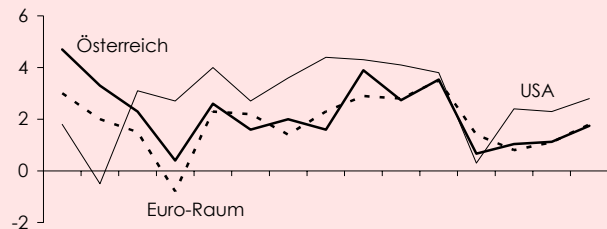
Der Staatshaushalt wies im vergangenen Jahr nach Angaben des Finanzministeriums und von Statistik Austria ein Defizit von 1,2 Mrd. € (0,6% des BIP) auf. Für heuer liegt noch kein Bundesvoranschlag vor. Das WIFO erwartet aufgrund einer weiterhin konjunkturbedingt schwachen Entwicklung der Steuereinnahmen, der Verschiebungen von Hochwasserausgaben ins Jahr 2003 und zusätzlicher Ausgaben etwa für die

Familienförderung einen Anstieg des Abgangs im Staatshaushalt auf etwa 1,2% des BIP (2¾ Mrd. €). Die schlechte Konjunktur belastet das Budget durch die Dämpfung des Wachstums der Steuereinnahmen und durch hohe Ausgaben für Arbeitslosigkeit auch im kommenden Jahr. Das Defizit könnte dann 1% des BIP betragen.

Abbildung 1: Indikatoren der Wirtschaftsentwicklung und der Wirtschaftspolitik

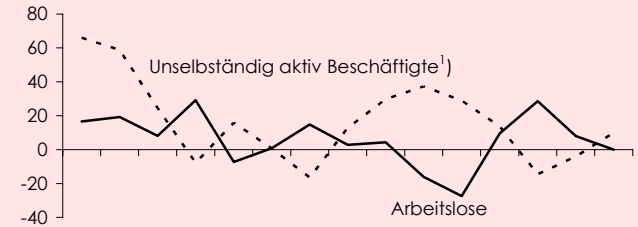
Wirtschaftswachstum

In %



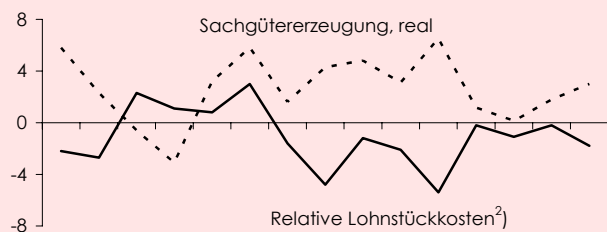
Beschäftigung und Arbeitslosigkeit

Veränderung gegen das Vorjahr in 1.000



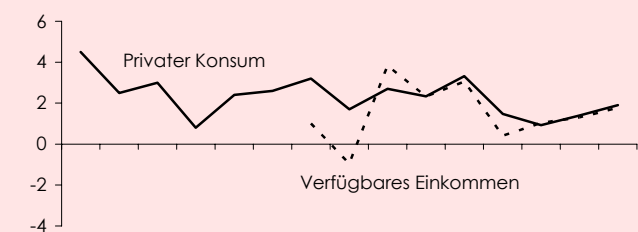
Wettbewerbsfähigkeit und Produktion

Veränderung gegen das Vorjahr in %



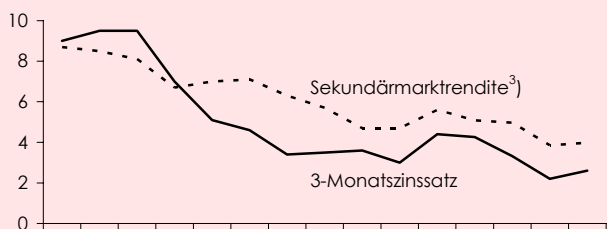
Konsum und Einkommen privater Haushalte

Veränderung gegen das Vorjahr in %, real



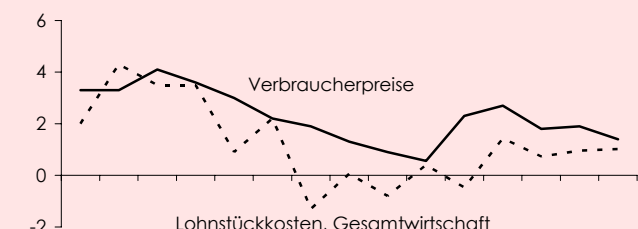
Kurz- und langfristige Zinssätze

In %



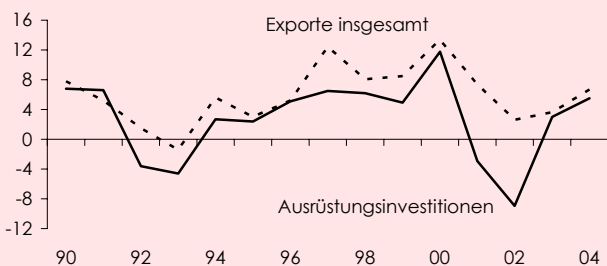
Preise und Lohnstückkosten

Veränderung gegen das Vorjahr in %



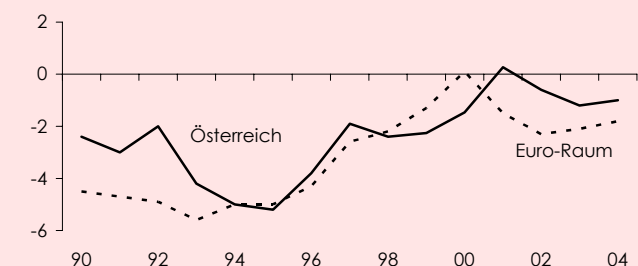
Export und Investitionen

Veränderung gegen das Vorjahr in %, real



Finanzierungssaldo des Staates

In % des BIP



1) Ohne Bezieher und Bezieherinnen von Karenz- bzw. Kinderbetreuungsgeld, ohne Präsenzdienst. – 2) In der Sachgütererzeugung, gegenüber den Handelspartnern, in einheitlicher Währung. – 3) Bundesanleihen mit einer Laufzeit von 10 Jahren (Benchmark).

Schwerwiegende Unsicherheiten in der Weltwirtschaft

Die Irak-Krise hat schon vor Ausbruch des Krieges die Weltwirtschaft belastet. Die Rohstoffpreise sind stark gestiegen, die Wechselkursrelationen haben sich merklich verschoben. Dazu kam die lang anhaltende Abschwächung der Aktienkurse.

Die weitere Entwicklung der Weltwirtschaft ist zum Zeitpunkt der Erstellung der WIFO-Konjunkturprognose von einem ungewöhnlichen Ausmaß an Unsicherheiten geprägt. Die Quellen dieser Unsicherheiten liegen zum einen im Krieg im Mittleren Osten und der weiteren geopolitischen Entwicklung, zum anderen in der Talfahrt auf den internationalen Aktienmärkten seit dem Jahr 2000.

Die Irak-Krise belastete schon in den letzten Wochen und Monaten die Weltwirtschaft:

- Die Verunsicherung von Anlegern auf den Aktienmärkten, von Konsumenten und Unternehmen schlug sich in einer Verschiebung von Ausgaben für dauerhafte Konsumgüter und von Investitionsprojekten nieder.
- Zugleich stiegen die Erdölpreise markant, sie hatten Mitte März ein Niveau von 34 \$ je Barrel erreicht, bevor sie nach Beginn des Krieges im Irak merklich nachließen. Die Verschlechterung der Terms-of-Trade bedeutet Realeinkommensverluste in den Industrieländern und dämpft die Nachfrage.
- Ein weiterer ungünstiger Effekt ging von der Aufwertung des Euro aus. Anfang März kostete 1 € 1,10 \$, um 16½% mehr als im Jahresdurchschnitt 2002. Die Euro-Aufwertung ist durch zwei grundlegende Faktoren bestimmt, die Zinsdifferenz zwischen den USA und Europa im kurzfristigen Bereich und das wachsende Leistungsbilanzdefizit der USA, das im vergangenen Jahr 5% des BIP erreichte. Dagegen wirken der anhaltende Wachstumsvorsprung und das hohe Budgetdefizit in den USA, die einen Kapitalzustrom auslösen können. Der Wechselkurs wird aber auch durch die geopolitische Entwicklung beeinflusst. Die Aufwertung des Euro dämpft zwar den Anstieg der Rohstoffpreise in Europa, andererseits beeinträchtigt sie aber die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Exporteure auf den Weltmärkten.

Die Dauer des Irak-Krieges, die Frage, ob mit einem Ende des Irak-Krieges auch die geopolitische Instabilität beendet sein wird, und das Ausmaß der damit verbundenen Wachstumshemmnisse für die Weltwirtschaft sind heute ungewiss. Als Grundlage für die Prognose trifft das WIFO deshalb für zentrale Parameter der Entwicklung der Weltwirtschaft technische Annahmen. Diese gehen vom Szenario eines "kurzen Irak-Krieges" aus: Die vorliegende Prognose unterstellt, dass der Erdölpreis auf den Weltmärkten im Jahresdurchschnitt 2003 bei 29 \$ je Barrel liegt und im kommenden Jahr wieder auf 23 \$, d. h. in das von der OPEC angestrebte Preisband, zurückkehrt. Für den Wechselkurs des Euro wird ein Wert von 1,08 \$ angenommen.

Übersicht 2: Annahmen über die internationale Konjunktur

	1999	2000	2001	2002	2003	2004
	Veränderung gegen das Vorjahr in %					
Bruttoinlandsprodukt, real						
OECD insgesamt	+ 3,2	+ 3,8	+ 0,8	+ 1,3	+ 1,5	+ 2,1
USA	+ 4,1	+ 3,8	+ 0,3	+ 2,4	+ 2,3	+ 2,8
Japan	+ 0,1	+ 2,8	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,8	+ 1,3
EU	+ 2,8	+ 3,5	+ 1,5	+ 0,9	+ 1,2	+ 1,8
Euro-Raum	+ 2,8	+ 3,5	+ 1,4	+ 0,8	+ 1,1	+ 1,8
Deutschland	+ 2,0	+ 2,9	+ 0,6	+ 0,2	+ 0,5	+ 1,5
Ost-Mitteuropa ¹⁾	+ 3,2	+ 3,9	+ 2,3	+ 1,5	+ 2,5	+ 3,3
Welthandel, real	+ 6,0	+12,7	± 0,0	+ 2,5	+ 5,5	+ 6,3
OECD-Exporte	+ 5,7	+12,0	- 0,4	+ 1,0	+ 4,8	+ 6,0
Intra-OECD-Handel	+ 7,8	+11,4	- 0,9	± 0,0	+ 3,5	+ 5,5
Marktwachstum ²⁾ Österreichs	+ 7,4	+12,8	+ 2,2	+ 1,0	+ 4,3	+ 6,5
Weltmarkt-Rohstoffpreise ³⁾						
Insgesamt	+12,0	+32,0	-11,0	+ 1,0	+13,0	-15,0
Ohne Rohöl	- 8,0	+ 1,0	- 7,0	± 0,0	+ 5,0	- 3,0
Erdölpreis ⁴⁾ \$ je Barrel	17,3	28,0	23,5	24,5	29,0	23,0
Wechselkurs \$ je Euro	1,067	0,924	0,896	0,945	1,08	1,08

¹⁾ Polen, Slowakei, Slowenien, Tschechien, Ungarn. – ²⁾ Veränderungsrate der realen Importe der Partnerländer gewichtet mit österreichischen Exportanteilen. – ³⁾ HWWA-Index, Dollarbasis, 1990 = 100. – ⁴⁾ Durchschnittlicher Importpreis der OECD (cif).

Neben der Irak-Krise beeinträchtigen vor allem die Kursverluste der letzten Jahre auf den internationalen Aktienmärkten die Entwicklung der Weltwirtschaft. Nach dem Beginn des Irak-Krieges ergab sich eine vorläufige Stabilisierung. Der "S&P Composite 500" ist seit September 2000 auf die Hälfte seines Wertes gesunken. In Großbritannien hatte der Einbruch auf den Aktienmärkten später begonnen, die Abwärtsdynamik war aber besonders markant. Der deutsche DAX ist gegenüber dem Höchststand um zwei Drittel zurückgegangen. Bemerkenswert an der Entwicklung der internationalen Aktienmärkte ist nicht nur das Ausmaß der Kursverluste, sondern auch die lange Dauer der Abwärtsbewegung. Die Auswirkungen sind vielfältig: Banken und Versicherungen halten viele Wertpapiere und sind deshalb besonders betroffen; in der Folge sanken die Kurse vieler Finanzwerte selbst überproportional. Pensionsfonds und -kassen müssen ihre Rentenleistungen verringern; das hat in den angelsächsischen Ländern größere Auswirkungen auf das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte als in Kontinentaleuropa. Unternehmen und private Haushalte halten selbst Aktien, die Vermögensverluste können zu Zurückhaltung bei Investitions- und Konsumentscheidungen veranlassen.

In den USA und in Großbritannien war eine Verlagerung von Mitteln aus den Aktienbörsen auf die Immobilienmärkte zu beobachten, Immobilien wurden spekulativ überbewertet. Jüngste Daten lassen darauf schließen, dass der Boom auf dem Immobilienmarkt der USA seinen Höhepunkt überschritten hat. Erhebliche Sorgen bestehen bezüglich der Unterkapitalisierung der beiden großen Hypotheken-Refinanzierungsinstitute in den USA. Ein Platzen der Immobilienblase könnte gefährliche Auswirkungen auf die Gesamtwirtschaft mit sich bringen. Besonders betroffen wäre die Konsumbereitschaft der privaten Haushalte. Auch Rückwirkungen auf die Wertpapiermärkte müssten erwartet werden.

In den USA hat der Konjunkturaufschwung, der im IV. Quartal 2001 eingesetzt hatte, im Herbst 2002 an Dynamik verloren. Auslöser war das schwache Wachstum der Auslandsnachfrage, zunehmend aber auch die Verunsicherung, die vom markanten Kursrückgang auf den Aktienmärkten und den Vorbereitungen auf einen Krieg mit dem Irak ausging. Die Industrieproduktion war im Herbst deutlich rückläufig, auch weil die Nachfrage nach dauerhaften Konsumgütern wie Pkw nicht mehr so stark expandierte wie zuvor. Die Zahl der Beschäftigten sinkt, und die Arbeitslosenquote erreichte im Februar saisonbereinigt bereits 5,8% der Erwerbspersonen. Auch die Energieverteuerung dämpft die verfügbaren Einkommen immer mehr. In den letzten Monaten brach das Verbrauchervertrauen ein, der Beitrag des privaten Konsums zum Wirtschaftswachstum hat sich im Vergleich zu den Vorjahren merklich verringert.

Allerdings sind auch positive Signale und Impulse zu verzeichnen: Im Bereich der Investitionen in Maschinen, Elektrogeräte und Software trat seit dem II. Quartal 2002 eine Trendwende ein, sie waren im IV. Quartal um 3½% höher als im Vorjahr. Das niedrige Niveau der kurzfristigen Zinsen – sie sind in realer Rechnung deutlich negativ – entlastet die privaten Haushalte bezüglich der Bedienung von Hypothekarkrediten. Die Fiskalpolitik ist außerordentlich expansiv, der Finanzierungssaldo der öffentlichen Haushalte drehte von einem Überschuss von 1½% des BIP im Jahr 2000 auf ein Defizit von 4% bis 5% im Jahr 2003. Dazu tragen umfangreiche Steuersenkungen ebenso bei wie die Ausweitung öffentlicher Ausgaben. Allein die bereits zusätzlich budgetierten Militärausgaben bedeuten eine Steigerung um 100 Mrd. \$ (1% des BIP) gegenüber 2001, dazu kommen die Kosten des Irak-Krieges, die noch höher geschätzt werden. Das Wirtschaftswachstum erreichte im vergangenen Jahr 2,4%. Es war damit markant höher als in der EU, in Relation zum Ausmaß der expansiven Orientierung von Geld- und Fiskalpolitik aber dennoch mäßig. Für heuer wird eine BIP-Steigerung in ähnlicher Größenordnung angenommen.

Erhebliche Verunsicherung, aber expansive Politikimpulse in den USA

Das Verbrauchervertrauen wurde in den USA durch Kursverluste auf den Aktienmärkten schon vor dem Irak-Krieg belastet. Die Geld- und Fiskalpolitik wirkt außerordentlich expansiv. Die Wirtschaft dürfte 2003 und 2004 neuerlich rascher wachsen als in der EU. Ein Platzen der spekulativen Blase auf den Immobilienmärkten bildet ein erhebliches Risiko für den weiteren Konjunkturverlauf.

Kein Wirtschaftsaufschwung in Europa abzusehen

In Europa prägt die Schwäche der Konsumausgaben der privaten Haushalte und der Unternehmensinvestitionen die Konjunktur. Die Expansion der Ausfuhr war 2002 noch kräftig, sie wird aber zunehmend durch die Stärke des Euro gedämpft. Als Folge der schlechten Konjunktur steigen Arbeitslosigkeit und Budgetdefizite merklich. Die Wirtschaftspolitik versucht kaum, das Wachstum aktiv zu stimulieren.

Im Euro-Raum fehlt jeglicher Impuls für einen Konjunkturaufschwung. Die Wirtschaft wuchs 2002 um nur 0,8%, das war die niedrigste Rate seit 1993. Im IV. Quartal expandierte das BIP gegenüber dem Vorjahr um 1,3%, gegenüber dem Vorquartal allerdings um nur noch 0,2% (saisonbereinigt). Die Quartalsprognosen der EU-Kommission und der Eurogrowth-Indikator lassen für das 1. Halbjahr eine Steigerung von nur etwa 1% gegenüber dem Vorjahr erwarten. Saisonbereinigt dürfte das BIP gegenüber dem jeweiligen Vorquartal weiterhin stagnieren. Das Wirtschaftswachstum wird auch im Durchschnitt des Jahres 2003 bei nur etwa 1% liegen. Die Stagnation hat einen merklichen Anstieg von Arbeitslosigkeit und Budgetdefiziten zur Folge. Die Arbeitslosenquote erreichte im Jänner saisonbereinigt bereits 8,6% der Erwerbspersonen und war damit um ½ Prozentpunkt höher als im Vorjahr. Deutschland, Frankreich, Italien und Portugal dürften heuer aufgrund der konjunkturbedingt schwachen Entwicklung des Steueraufkommens und der steigenden Aufwendungen für Arbeitslosigkeit ein Haushaltsdefizit über der Grenze von 3% des BIP aufweisen. Würde die Budgetpolitik versuchen, diese Defizite durch Einnahmenerhöhung oder Ausgabenkürzungen zu verringern, drohten zusätzliche Belastungen für die gesamtwirtschaftliche Nachfrage und das Abrutschen in eine Rezession. Deshalb ist die Absicht der EU-Kommission zu begrüßen, das Eintreten "außergewöhnlicher Umstände" in Form des Irak-Krieges bei der Beurteilung der Budgetdefizite einzelner Mitgliedsländer zu berücksichtigen. Die Europäische Zentralbank zögert mit merklichen Zinssenkungen. Das kurzfristige nominelle und reale Zinsniveau bleibt deshalb deutlich höher als in den USA.

Die Umfragen der Kommission zeigen auch in Europa eine Verschlechterung des Geschäftsklimas. Das Unternehmensvertrauen ist bislang nur leicht zurückgegangen, bei schwacher Kapazitätsauslastung sanken die Investitionen im IV. Quartal 2002 neuerlich. Das Verbrauchervertrauen hat sich in den letzten Monaten erheblich verschlechtert. Ungünstige Beschäftigungsperspektiven, weitere Sparabsichten der öffentlichen Hand, der Einbruch der Aktienkurse und die geopolitische Lage verunsichern die Konsumenten. Einzig vom Außenhandel kam in Europa im vergangenen Jahr noch ein nennenswerter positiver Wachstumsbeitrag. Im IV. Quartal stagnierte der Export allerdings gegenüber der Vorperiode. Die starke Aufwertung des Euro wird zunehmend die einzig verbliebene Wachstumsquelle hemmen.

Zur Zeit sind keine Impulse für die europäische Wirtschaft wirksam. Erst nach Überwindung der Irak-Krise könnte ausgehend vom Wegfall der Unsicherheiten und niedrigeren Rohstoffpreisen eine Belebung einsetzen. Zeitpunkt und Dynamik des Aufschwungs bleiben damit aber sehr vage. Gebremst wird ein allfälliger Aufschwung in Europa vor allem durch die Aufwertung des Euro gegenüber dem Dollar. Als Hemmnis wirkt auch eine auf absehbare Zeit restriktive Fiskalpolitik in Europa. Die Länder der Währungsunion haben vereinbart, im Jahr 2006 ausgeglichene Staatshaushalte vorzulegen. Die gegenwärtige Stagnation belastet die öffentlichen Haushalte merklich und hat zur Folge, dass die Defizite höher als geplant ausfallen. Die Stabilitätsprogramme der Euro-Länder vom Herbst 2002 lassen die Absicht erkennen, die konjunkturbedingt höheren Defizite rasch durch umfangreiche Konsolidierungsbemühungen auszugleichen. Sparmaßnahmen, die schon zu Beginn einer möglichen Konjunkturerholung im Jahr 2004 greifen, dürften das Tempo des Aufschwungs merklich dämpfen.

Die deutsche Wirtschaft bleibt weiterhin der Nachzügler der EU. 2003 dürfte das dritte Jahr in Folge sein, in dem die deutsche Wirtschaft nicht wächst. Die Nachfrageschwäche betrifft besonders drei Aggregate: Erstens schrumpfen die Bauinvestitionen stark – von 2000 bis 2003 dürften sie um 14% zurückgehen. Zweitens sind die privaten Haushalte in ihren Ausgaben äußerst zurückhaltend, der Konsum war 2002 erstmals seit 1982 real rückläufig. Der gleichzeitige Anstieg der Sparquote ist ein in einer Wirtschaftskrise besonders bedenkliches Signal. Drittens werden auch die öffentlichen Investitionen gedrosselt, vor allem von den mit erheblichen Finanzproblemen kämpfenden Gemeinden. Die Wachstumsschwäche in Deutschland ist auf das Fehlen einer Expansion der Binnennachfrage zurückzuführen. Einzig die Zugkraft des Exports hat die deutsche Wirtschaft in diesen drei Jahren vor einer Rezession bewahrt. Da weiterhin Impulse für öffentliche Investitionen und verfügbare Einkommen

der privaten Haushalte fehlen, bleiben die Konjunkturaussichten für Deutschland getrübt. Eine relativ günstige Entwicklung der Lohnstückkosten und damit der preislichen Wettbewerbsfähigkeit kann die andauernde Schwäche der Inlandsnachfrage nicht ausgleichen.

Das reale BIP nahm in Österreich 2002 um 1% zu. War die Dynamik im 1. Halbjahr (saisonbereinigt gegenüber der Vorperiode) noch relativ gut gewesen, so schwächte sie sich im 2. Halbjahr markant ab. Die Steigerung der Warenausfuhr verlangsamte sich, die Sachgüterproduktion nahm kaum noch zu, und die Ausrüstungsinvestitionen zeigten selbst nach dem tiefen Einbruch zuvor keine Tendenz zur Erholung. Der Einzelhandel stagnierte gegenüber der Vorperiode. Nur die leichte Erholung der Bautätigkeit wirkte den negativen Faktoren entgegen. Das Wirtschaftswachstum wurde durch den markanten Rückgang der Importe – ein Ergebnis schwacher Inlandsnachfrage – gestützt. Ohne den positiven Wachstumsbeitrag des Außenhandels wäre die heimische Wirtschaft 2002 wie auch im Jahr zuvor geschrumpft.

Die Konjunkturumfragen des WIFO unter den heimischen Unternehmen deuten nicht auf einen Aufschwung hin. Die Unternehmen bewerten die aktuelle Produktionsentwicklung als verhalten, haben ihre positiven Zukunftserwartungen korrigiert und verschieben aufgrund der unsicheren Stimmung die Umsetzung von Investitionsprojekten. Ein Konjunkturaufschwung müsste von zusätzlichen Impulsen für den Export ausgehen und die Ausrüstungsinvestitionen erfassen. Dies dürfte heuer nicht mehr eintreten. Das Wirtschaftswachstum bleibt deshalb im dritten Jahr in Folge bei etwa 1% und weicht damit markant vom Muster eines "normalen" Konjunkturzyklus ab.

Stagnation des BIP, hohe Konjunkturrisiken

Heuer wird Österreichs Wirtschaft um nur 1,1% expandieren. Bezüglich der Entwicklung im Jahr 2004 sind die Unsicherheiten derzeit groß. Die vorliegende Wachstumsprognose (+1,7%) nimmt ein vorsichtig optimistisches Szenario an.

Übersicht 3: Entwicklung der Bruttowertschöpfung

Zu Herstellungspreisen

	2001	2002	2003	2004	2001	2002	2003	2004
	Mrd. €				Veränderung gegen das Vorjahr in %			
Real (zu Preisen von 1995)								
Land- und Forstwirtschaft	4,62	4,61	4,61	4,61	- 0,7	- 0,1	± 0,0	± 0,0
Sachgütererzeugung und Bergbau ¹⁾	40,61	40,68	41,41	42,65	+ 1,3	+ 0,2	+ 1,8	+ 3,0
Energie- und Wasserversorgung	5,41	5,91	5,94	6,00	+ 1,7	+ 9,2	+ 0,5	+ 1,0
Bauwesen	13,36	13,38	13,54	13,74	- 4,8	+ 0,2	+ 1,2	+ 1,5
Handel ²⁾	24,41	24,79	25,24	25,79	- 0,3	+ 1,6	+ 1,8	+ 2,2
Beherbergungs- und Gaststättenwesen	7,42	7,57	7,67	7,86	+ 5,9	+ 2,1	+ 1,3	+ 2,5
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	13,98	14,04	14,11	14,25	- 0,9	+ 0,5	+ 0,5	+ 1,0
Kreditinstitute und Versicherungen	13,53	12,82	12,82	13,02	- 0,5	- 5,2	± 0,0	+ 1,5
Grundstücks- und Wohnungswesen ³⁾	28,87	29,38	29,82	30,41	+ 4,3	+ 1,7	+ 1,5	+ 2,0
Öffentliche Verwaltung ⁴⁾	11,70	11,66	11,61	11,55	- 0,2	- 0,3	- 0,5	- 0,5
Sonstige Dienstleistungen	24,79	25,03	25,15	25,35	+ 0,2	+ 0,9	+ 0,5	+ 0,8
Wertschöpfung der Wirtschaftsbereiche ⁵⁾	188,69	189,88	191,93	195,25	+ 0,7	+ 0,6	+ 1,1	+ 1,7
Bruttoinlandsprodukt	198,67	200,74	203,00	206,54	+ 0,7	+ 1,0	+ 1,1	+ 1,7

¹⁾ Einschließlich Gewinnung von Steinen und Erden. – ²⁾ Einschließlich Reparatur von Kfz und Gebrauchsgütern. – ³⁾ Einschließlich Vermietung beweglicher Sachen und Erbringung von unternehmensbezogenen Dienstleistungen. – ⁴⁾ Einschließlich Landesverteidigung und Sozialversicherung. – ⁵⁾ Vor Abzug der unterstellten Bankgebühr und der Gütersubventionen und vor Zurechnung der Gütersteuern.

Bezüglich der mittelfristigen Entwicklung bestehen besonders große Unsicherheiten. Wenn die Krise im Mittleren Osten rasch überwunden wird, die Rohstoffpreise sinken, sich die internationalen Aktienmärkte stabilisieren und die Wirtschaftspolitik einen restriktiven Kurs vermeidet, dann könnte ein Konjunkturaufschwung einsetzen. Andererseits kann bei einer Verschärfung der internationalen Konflikte eine Rezession in Europa nicht ausgeschlossen werden. Die vorliegende Prognose unterstellt kein Krisenszenario und erwartet ein Wirtschaftswachstum von 1,7% im kommenden Jahr. Diese Rate liegt aber deutlich unter dem langjährigen Durchschnitt (+2¼%).

Export bleibt Wachstumsmotor

Ohne den positiven Wachstumsbeitrag des Außenhandels wäre die österreichische Wirtschaft 2001 und 2002 geschrumpft. Die ungünstigeren Annahmen bezüglich der Weltwirtschaft und der hohe Außenwert des Euro dämpfen nun den Anstieg der Ausfuhr. Die heimischen Exportunternehmen profitieren aber weiterhin von reger Nachfrage aus Ost- und Südosteuropa und der vorteilhaften Entwicklung der Lohnstückkosten.

Vom Export kamen im vergangenen Jahr die wichtigsten Impulse für das Wirtschaftswachstum: Die Warenausfuhr war real um 5½% höher als 2001. Während der Export in den EU-Binnenmarkt nur wenig ausgeweitet wurde, konnten die österreichischen Unternehmen die Ausfuhr nach Südost- und Osteuropa sowie Asien beträchtlich steigern und teils kräftig Marktanteile gewinnen. Die anhaltend schwache Konjunktur bei wichtigen Handelspartnern und besonders die real-effektive Aufwertung des Euro dämpfen das Wachstum der Warenexporte. Es wird heuer gut 4% betragen. Die Nachfrage aus den osteuropäischen Ländern, deren Wirtschaft weiterhin doppelt so rasch wächst wie jene der EU, liefert dabei wesentliche Impulse. Der Export in den Binnenmarkt entwickelt sich weiterhin mäßig, weil die Nachfrage in Deutschland und Italien, den beiden wichtigsten Handelspartnern, unterdurchschnittlich zunimmt. Die real-effektive Aufwertung (heuer 1¼%) belastet die Ausfuhr direkt über eine Beeinträchtigung der preislichen Konkurrenzfähigkeit auf den Weltmärkten und indirekt über eine Abschwächung des Exportwachstums jener Betriebe, die der deutschen Exportindustrie zuliefern.

Übersicht 4: Entwicklung der Nachfrage

	2001	2002	2003	2004	2001	2002	2003	2004
	Mrd. €				Veränderung gegen das Vorjahr in %			
Real (zu Preisen von 1995)								
Konsumausgaben insgesamt	148,90	150,42	152,00	154,36	+ 1,0	+ 1,0	+ 1,1	+ 1,6
Private Haushalte ¹⁾	111,88	112,91	114,49	116,67	+ 1,5	+ 0,9	+ 1,4	+ 1,9
Staat	37,02	37,50	37,50	37,69	- 0,5	+ 1,3	± 0,0	+ 0,5
Bruttoinvestitionen	46,02	43,88	45,04	46,38	- 4,0	- 4,6	+ 2,6	+ 3,0
Bruttoanlageinvestitionen	45,97	43,78	44,66	46,12	- 2,2	- 4,8	+ 2,0	+ 3,3
Ausrüstungen ²⁾	21,21	19,32	19,90	20,99	- 2,9	- 8,9	+ 3,0	+ 5,5
Bauten	24,76	24,47	24,76	25,13	- 1,5	- 1,2	+ 1,2	+ 1,5
Vorratsveränderung ³⁾	0,05	0,10	0,39	0,26				
Statistische Differenz	0,48	0,39	0,00	0,00				
Inländische Verwendung	195,40	194,69	197,04	200,74	- 0,1	- 0,4	+ 1,2	+ 1,9
Exporte	107,04	109,84	113,82	121,43	+ 7,4	+ 2,6	+ 3,6	+ 6,7
Reiseverkehr	10,40	10,86	11,01	11,39	+ 5,4	+ 4,5	+ 1,4	+ 3,4
Minus Importe	103,76	103,79	107,86	115,63	+ 5,9	+ 0,0	+ 3,9	+ 7,2
Reiseverkehr	8,35	8,06	8,02	8,18	+ 5,1	- 3,4	- 0,5	+ 1,9
Bruttoinlandsprodukt	198,67	200,74	203,00	206,54	+ 0,7	+ 1,0	+ 1,1	+ 1,7
Nominell	211,86	216,83	222,07	229,77	+ 2,3	+ 2,3	+ 2,4	+ 3,5

¹⁾ Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. – ²⁾ Einschließlich immaterieller Anlagen, sonstiger Ausrüstungen, Nutztiere und Nutzpflanzen. – ³⁾ Einschließlich Nettozugang an Wertsachen.

Die Warenimporte gingen 2002 real um knapp 1% zurück. Dies spiegelt die Schwäche der Binnennachfrage wider, insbesondere den Einbruch der Ausrüstungsinvestitionen. Heuer dürfte die Einfuhr wieder steigen, vor allem weil die importintensiven Ausrüstungsinvestitionen nicht mehr weiter zurückgehen. Die Zunahme ist nominell (+6½%) deutlich größer als real (+4½%). Für den Anstieg der Importpreise sind die internationalen Rohstoffkosten maßgebend. Die Terms-of-Trade dürften sich heuer um etwa ¾ Prozentpunkte verschlechtern. 2004 werden sich die Außenhandelspreisrelationen aufgrund der Stärke des Euro und des erwarteten Rückgangs der Rohölpreise wieder zugunsten Österreichs verschieben (+¾ Prozentpunkte).

Der Saldo der Leistungsbilanz dürfte 2003 und 2004 knapp -2 Mrd. € erreichen. Leichte Verschlechterungen ergeben sich in der Einkommens- und Transferbilanz, hingegen steigt der Überschuss in der Reiseverkehrsbilanz. Die geopolitische Situation macht Überseereisen weniger attraktiv; deutsche Urlauber suchen mit dem Pkw oder der Bahn erreichbare Ziele auf, und die Österreicher verstärken den Trend zum Inlandsurlaub.

Erholung von Investitionstätigkeit und Industrieproduktion weiter verzögert

Die Ausrüstungsinvestitionen nahmen in den vergangenen zwei Jahren markant ab (2000 bis 2002 -13%). Im WIFO-Investitionstest spiegeln sich die wirtschaftlichen Unsicherheiten und die niedrige Kapazitätsauslastung: Die Industrieunternehmen planen auch für heuer eine zurückhaltende Investitionstätigkeit, einzig in der Kfz-Industrie werden größere Projekte verwirklicht. Für Erweiterungsinvestitionen besteht angesichts der ungünstigen Wirtschaftslage kaum Notwendigkeit, Ersatzinvestitionen könnten allerdings an Bedeutung gewinnen. Für das IV. Quartal 2003 sind Vorziehef-

effekte zu erwarten, weil die als Teil des Konjunkturpaketes von 2002 konzipierte Investitionsprämie von 10% Ende 2003 ausläuft. Unter Berücksichtigung dieser Effekte dürften die Ausrüstungsinvestitionen heuer um 3% ausgeweitet werden. Zinssenkungen und Steuererleichterungen setzen zwar positive Signale, mit einer Belebung der Investitionstätigkeit kann aber nur bei einer markanten Verbesserung der Nachfrage und einem Stimmungsumschwung in den Unternehmen gerechnet werden.

Übersicht 5: Produktivität

	1999	2000	2001	2002	2003	2004
	Veränderung gegen das Vorjahr in %					
Gesamtwirtschaft						
Bruttoinlandsprodukt, real	+ 2,7	+ 3,5	+ 0,7	+ 1,0	+ 1,1	+ 1,7
Erwerbstätige ¹⁾	+ 1,4	+ 0,8	+ 0,7	- 0,4	+ 0,1	+ 0,4
Vollzeitäquivalent	+ 1,3	+ 0,9	+ 0,5	- 0,6	- 0,2	+ 0,2
Produktivität (BIP je Erwerbstätigen)	+ 1,3	+ 2,8	+ 0,0	+ 1,4	+ 1,0	+ 1,4
Vollzeitäquivalent	+ 1,5	+ 2,6	+ 0,2	+ 1,6	+ 1,3	+ 1,5
Sachgütererzeugung						
Produktion ²⁾	+ 3,1	+ 6,5	+ 1,2	+ 0,1	+ 1,8	+ 3,0
Beschäftigte ³⁾	- 0,7	+ 0,0	+ 0,2	- 2,5	- 1,9	- 1,0
Stundenproduktivität ⁴⁾	+ 4,5	+ 6,6	+ 1,4	+ 3,6	+ 4,0	+ 4,1
Geleistete Arbeitszeit je Beschäftigten ⁵⁾	- 0,6	- 0,1	- 0,4	- 0,9	- 0,2	- 0,1

¹⁾ Unselbständige (Beschäftigungsverhältnisse) und Selbständige laut Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnung. – ²⁾ Nettoproduktionswert, real. – ³⁾ Laut Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger. – ⁴⁾ Produktion je geleistete Beschäftigtenstunde. – ⁵⁾ Laut Konjunkturerhebung von Statistik Austria.

Die Unternehmen der Sachgütererzeugung erwarten im WIFO-Konjunkturtest keine Beschleunigung des Produktionswachstums. Die Wertschöpfung dürfte heuer um 1,8% steigen. Wenn sich die internationale Konjunktur allmählich erholt, könnte der Zuwachs im kommenden Jahr etwa 3% erreichen. Gleichzeitig setzt sich der Beschäftigungsrückgang fort, die Zahl der Beschäftigten wird in der Sachgütererzeugung um 1,9% (2003) bzw. 1% (2004) sinken. Kurzarbeit wird wahrscheinlich weiterhin stark in Anspruch genommen werden.

Übersicht 6: Löhne, Wettbewerbsfähigkeit

	1999	2000	2001	2002	2003	2004
	Veränderung gegen das Vorjahr in %					
Bruttoverdienste pro Kopf¹⁾						
Vollzeitäquivalent	+ 2,2	+ 2,7	+ 1,7	+ 2,6	+ 2,3	+ 2,7
Realeinkommen pro Kopf¹⁾						
Brutto	+ 1,0	+ 0,9	- 0,6	+ 0,3	+ 0,1	+ 1,0
Netto	+ 0,5	+ 1,5	- 1,0	- 0,5	- 0,4	+ 0,4
Nettomasseneinkommen, nominell	+ 3,7	+ 4,5	+ 1,9	+ 1,9	+ 2,1	+ 2,1
Gesamtwirtschaft						
Lohnstückkosten	+ 0,4	- 0,5	+ 1,4	+ 0,7	+ 1,0	+ 1,0
Sachgütererzeugung						
Lohnstückkosten	- 1,2	- 4,5	+ 1,8	- 0,2	- 1,2	- 1,1
Relative Lohnstückkosten ²⁾						
Gegenüber dem Durchschnitt der Handelspartner	- 2,1	- 5,4	- 0,2	- 1,1	- 0,2	- 1,8
Gegenüber Deutschland	- 0,8	- 1,8	+ 0,3	- 1,2	- 1,3	- 1,7
Effektiver Wechselkursindex Industriewaren						
Nominell	+ 0,6	- 2,7	+ 0,9	+ 1,3	+ 2,0	+ 0,3
Real	- 1,3	- 3,4	+ 0,3	+ 0,8	+ 1,8	+ 0,2

¹⁾ Je Beschäftigungsverhältnis (laut VGR). – ²⁾ In der Sachgütererzeugung, in einheitlicher Währung; Minus bedeutet Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit.

Die unterschiedliche Entwicklung der Baunachfrage ist von erheblicher Bedeutung für die Erklärung von gesamtwirtschaftlichen Wachstumsdifferenzen zwischen den Industrieländern. So geht etwa in Deutschland ein erheblicher Teil des Wachstumsrückstands der letzten Jahre auf den tiefen Einbruch der Bauinvestitionen zurück.

Leichte Besserung in der Bauwirtschaft

In Österreich war die Baukrise viel weniger ausgeprägt. Die realen Bauinvestitionen wurden zwischen 1997 und 2002 kaum ausgeweitet (+0,8%), allerdings gingen mehr als 26.000 Arbeitsplätze verloren. Im vergangenen Jahr stagnierte die Bauproduktion. Jetzt zeichnet sich eine vorsichtige Erholung ab, vor allem aufgrund der regeren Aktivitäten im Tiefbau. Der dringend notwendige Infrastrukturausbau kommt besser in Gang. Hingegen bleibt der Hochbau schwach. Im Bürobau bestehen weiterhin Überkapazitäten, der Wohnbau verläuft noch sehr zurückhaltend. Die Stabilisierung der Immobilienpreise und andere Anzeichen einer Belebung der Nachfrage lassen für die kommenden Jahre eine Aufwärtstendenz möglich erscheinen. Die Bautätigkeit dürfte heuer um 1¼% und 2004 um 1½% wachsen – jeweils etwa gleich stark wie die Gesamtwirtschaft.

Konsum und Handel leiden unter schwacher Einkommens- entwicklung

Die Nettomasseneinkommen stagnieren heuer real auf dem niedrigen Niveau des Jahres 2001. Dies erlaubt nur eine schwache Ausweitung der Konsumausgaben der privaten Haushalte und der Umsätze im Einzelhandel. Die Sparquote verharrt auf ihrem Tiefstand.

Die Einkommen je Arbeitnehmer werden heuer nach Berücksichtigung von Inflation und Abgaben zum dritten Mal in Folge merklich sinken (–½%). Umgerechnet auf Vollzeitbeschäftigte dürfte der Rückgang etwas geringer ausfallen. Maßgebend für die Realeinkommensverluste sind zurückhaltende Lohnabschlüsse, steigende Abgabenbelastung und Preissteigerungen, die höher als erwartet ausfielen. Im privaten Sektor werden die Löhne und Gehälter heuer langsamer wachsen als im Vorjahr, im öffentlichen Sektor auch aufgrund des derzeit verhandelten "Inflationsnachschlags" deutlich rascher. Die realen Nettomasseneinkommen stagnieren auf dem niedrigen Niveau des Jahres 2001. Etwas günstiger entwickeln sich die verfügbaren realen Einkommen, in denen auch die Einkommen aus Gewerbebetrieb und die Besitzeinkommen erfasst werden.

Übersicht 7: Konsum, Einkommen und Preise

	1999	2000	2001	2002	2003	2004
	Veränderung gegen das Vorjahr in %, real					
Private Konsumausgaben ¹⁾	+ 2,3	+ 3,3	+ 1,5	+ 0,9	+ 1,4	+ 1,9
Dauerhafte Konsumgüter	+ 7,3	+ 3,8	+ 2,0	– 0,2	+ 1,8	+ 3,1
Nichtdauerhafte Konsumgüter und Dienstleistungen	+ 1,6	+ 3,2	+ 1,4	+ 1,1	+ 1,3	+ 1,7
Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte	+ 2,3	+ 3,1	+ 0,4	+ 1,0	+ 1,3	+ 1,8
Sparquote der privaten Haushalte ²⁾						
	In % des verfügbaren Einkommens					
Sparquote der privaten Haushalte ²⁾	8,5	8,3	7,4	7,5	7,5	7,7
	Veränderung gegen das Vorjahr in %					
Direktkredite an inländische Nichtbanken (Jahresendstände)	5,2	6,7	3,5	2,8	2,4	2,5
	In %					
Inflationsrate						
National	0,6	2,3	2,7	1,8	1,9	1,4
Harmonisiert	0,5	2,0	2,3	1,7	2,0	1,4
Kerninflation ³⁾	0,7	0,9	2,3	2,0	2,2	1,7

¹⁾ Private Haushalte einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. – ²⁾ Einschließlich Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche. – ³⁾ Ohne Energie und unverarbeitete Nahrungsmittel (Fleisch, Fisch, Obst, Gemüse).

Die schwache Zunahme der Einkommen erlaubt nur eine verhaltene Ausweitung der Konsumausgaben. Diese wuchsen 2002 real um 0,9%. Vor allem Ausgaben für dauerhafte Konsumgüter wurden aufgrund der unsicheren Erwartungen aufgeschoben (–0,2%). Heuer dürfte die Nachfrage der privaten Haushalte um knapp 1½% höher sein als 2002. Die Sparquote verharrt bei 7½% des verfügbaren Einkommens. Die Handelsumsätze steigen weiterhin schwach, aber etwas rascher als im Vorjahr. Die Ausgaben für dauerhafte Konsumgüter dürften geringfügig überdurchschnittlich expandieren, auch weil sich der Kfz-Absatz erholt. Der Großhandel entwickelt sich wie schon im Vorjahr rege. Diese Tendenzen könnten sich 2004 verstärken. Bei etwas besserem Einkommensverlauf wird dann der private Konsum um knapp 2% wachsen.

Der Preisauftrieb auf Verbraucherebene bleibt weiterhin schwach. Allerdings muss die Inflationsprognose für 2003 leicht auf +1,9% angehoben werden. Das geht nur zum kleineren Teil auf die Erdölverteuerung zurück, die durch die Aufwertung des Euro gedämpft wird. Die Energiepreise dürften im Jahresdurchschnitt um gut 2% höher sein als 2002. Besonders stark steigen die Kosten im Zusammenhang mit dem Wohnen – Mieten liegen um 5% über dem Niveau des Vorjahres. Der Preisauftrieb industriell-gewerblicher Waren verstärkt sich (+1,5%). Nach der markanten Verteuerung im Vorjahr normalisieren sich die Preise von Saisonwaren. Die Nahrungsmittelpreise steigen insgesamt kaum. 2004 wird sich die Inflationsrate auf 1½% verringern. Die schwache Steigerung der Lohnstückkosten und der Rückgang der Importpreise bremsen den Preisauftrieb.

Die Konjunkturschwäche verschlechterte die Arbeitsmarktlage in den vergangenen zwei Jahren markant. 2002 waren um 15.000 Personen weniger beschäftigt als im Vorjahr. Da die Produktion in der Sachgütererzeugung und im Bauwesen nahezu stagnierte, nahm dort die Zahl der Arbeitsplätze besonders merklich ab (–15.000 bzw. –7.000 Arbeitsplätze). Auch im Handel schrumpfte die Beschäftigung erstmals seit 1996 (–3.000). Der Personalabbau im öffentlichen Sektor (–5.000) erfolgte primär durch Pensionierungen. Zusätzliche Arbeitsplätze entstanden neben dem Gesundheitswesen vor allem im Bereich wirtschaftsnaher Dienstleistungen, viele davon bei Leiharbeitsanbietern und auf Teilzeitbasis. Die Zahl der geringfügig Beschäftigten (sie werden nicht in der Beschäftigungsstatistik des Hauptverbandes, aber in der VGR erfasst) expandierte neuerlich kräftig. Der Anstieg der Arbeitslosigkeit ging über den konjunkturbedingten Effekt hinaus, weil das Arbeitskräfteangebot – wie auch 2001 – ausgeweitet wurde. Dazu trug die Zunahme der Zahl ausländischer Arbeitskräfte ebenso bei wie die Anhebung des Frühpensionsalters. Hingegen dämpfte die Verlängerung der Bezugsdauer von Karenz- bzw. Kinderbetreuungsgeld das Arbeitskräfteangebot von Frauen. Im Jahresdurchschnitt 2002 waren um 28.500 Arbeitslose mehr vorgemerkt als 2001, die Arbeitslosenquote stieg auf 6,9% der unselbstständigen Erwerbspersonen bzw. 4,1% der Erwerbspersonen laut Eurostat.

Leichter Anstieg der Inflation

Der Anstieg der Verbraucherpreise bleibt unter 2%. Preisdruck kommt sowohl von den Energiepreisen als auch von den Dienstleistungspreisen. Im kommenden Jahr drücken stabile Lohnstückkosten und rückläufige Importpreise die Inflation.

Keine Trendwende auf dem Arbeitsmarkt

Die starke Zunahme der Arbeitslosigkeit setzt sich aufgrund der anhaltenden Schwäche des Wirtschaftswachstums und einer ungewohnt hohen Ausweitung des Arbeitskräfteangebotes (Einschränkung von Frühpensionen, kräftiger Ausländerzustrom) fort. Die Zahl der Arbeitslosen erhöht sich 2003 gegenüber 2000 um 46.000.

Übersicht 8: Arbeitsmarkt

	1999	2000	2001	2002	2003	2004
	Veränderung gegen das Vorjahr in 1.000					
<i>Nachfrage nach Arbeitskräften</i>						
Aktiv Erwerbstätige ¹⁾	+ 38,2	+ 30,8	+ 15,1	– 11,2	– 1,2	+ 11,5
Unselbständig aktiv Beschäftigte ¹⁾²⁾	+ 37,2	+ 28,9	+ 13,6	– 14,6	– 4,0	+ 10,0
Veränderung gegen das Vorjahr in %	+ 1,2	+ 1,0	+ 0,4	– 0,5	– 0,1	+ 0,3
Ausländische Arbeitskräfte	+ 7,8	+ 13,4	+ 9,5	+ 5,1	+ 5,0	+ 6,0
Selbständige ³⁾	+ 1,0	+ 1,9	+ 1,5	+ 3,4	+ 2,8	+ 1,5
<i>Angebot an Arbeitskräften</i>						
Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter						
15- bis 64-Jährige	+ 19,8	+ 25,2	+ 28,1	+ 22,9	+ 19,1	+ 1,0
15- bis 59-Jährige	– 2,6	– 17,5	– 14,2	– 5,5	+ 3,1	+ 3,0
Erwerbspersonen im Inland ¹⁾	+ 22,2	+ 3,4	+ 24,7	+ 17,3	+ 6,8	+ 11,5
<i>Überschuss an Arbeitskräften</i>						
Vorgemerkte Arbeitslose ⁴⁾	– 16,1	– 27,4	+ 9,6	+ 28,5	+ 8,0	± 0,0
Stand in 1.000	221,7	194,3	203,9	232,4	240,4	240,4
Arbeitslosenquote						
In % der Erwerbspersonen (laut Eurostat)	3,9	3,7	3,6	4,1	4,2	4,2
In % der Erwerbspersonen (laut AMS)	6,0	5,3	5,5	6,2	6,3	6,3
In % der unselbständigen Erwerbspersonen (laut AMS)	6,7	5,8	6,1	6,9	7,0	7,0
Erwerbsquote ¹⁾⁵⁾	66,3	66,1	66,2	66,2	66,1	66,3
Beschäftigungsquote ¹⁾⁶⁾	62,3	62,5	62,5	62,0	61,8	62,0

¹⁾ Ohne Bezieher und Bezieherinnen von Karenz- bzw. Kinderbetreuungsgeld, ohne Präsenzdienner. – ²⁾ Laut Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger. – ³⁾ Laut WIFO. – ⁴⁾ Laut Arbeitsmarktservice. – ⁵⁾ Erwerbspersonen in % der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (15- bis 64-Jährige). – ⁶⁾ Erwerbstätige in % der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (15- bis 64-Jährige).

Diese Tendenz wird auch heuer vorherrschen. Die Zahl der aktiv Beschäftigten wird neuerlich unter dem Vorjahresniveau liegen (–4.000). Das Arbeitskräfteangebot entwickelt sich nicht mehr wie in vergangenen Phasen schlechter Konjunktur prozyklisch, sondern wird durch wirtschafts- und sozialpolitische Maßnahmen ausgeweitet. Die Zahl der Arbeitslosen erhöht sich um 8.000 und erreicht einen Jahresdurchschnitt von 240.000. Das entspricht einer Arbeitslosenquote von 7,0% laut traditioneller österreichischer Berechnungsmethode bzw. 4,2% laut Eurostat.

Im kommenden Jahr wird vom Wirtschaftswachstum noch wenig positive Beschäftigungsdynamik ausgehen. Die Zahl der Arbeitsplätze steigt nur geringfügig (+0,3%). Allerdings ist eine weitere Anhebung des Frühpensionsalters vorgesehen, die im Jahresdurchschnitt das Arbeitskräfteangebot um 5.000 Personen erhöhen könnte. Unter dieser Bedingung wird die Arbeitslosenquote konstant bleiben. Sie ist aber sehr sensibel bezüglich einer noch stärkeren Ausweitung des Arbeitskräfteangebotes und des Konjunkturverlaufs. Nicht berücksichtigt ist eine allfällige Umwandlung der Notstandshilfe in eine "Sozialhilfe neu" oder die Einführung eines "Übergangsgeldes". Dies würde das Leistungsniveau je Arbeitslosen mit langer Erwerbslosigkeit merklich verringern, die offiziell ausgewiesene Zahl der Arbeitslosen aber möglicherweise senken.

Budgetsaldo spiegelt Konjunkturschwäche wider

Die Stagnation der Wirtschaft belastet die öffentlichen Haushalte durch Steuerausfälle und hohe Kosten für Arbeitslosigkeit. Das Budgetdefizit erhöht sich auf gut 1% des BIP. Die Abgabenquote sinkt bis 2004 auf etwa 44% des BIP.

Der Staatshaushalt ist vor allem auf der Einnahmenseite und im Bereich der Arbeitslosenversicherung sehr konjunktursensibel. Die schlechte Wirtschaftslage belastet deshalb den Budgetsaldo. Für 2002 meldete das Finanzministerium einen Finanzierungssaldo des Staates von –0,6% des BIP an Eurostat. Dies ist weniger als in der Dezember-Prognose angenommen (–1,5%). Die Verbesserung erklärt sich zum Großteil aus deutlich niedrigeren Ausgaben für Hochwasserhilfe und Wiederaufbau (netto etwa 150 Mio. € statt 1 Mrd. €). Dazu kam ein etwas geringerer Steuerausfall als angenommen (1,8 Mrd. € statt 2,1 Mrd. €). Zudem schlugen sich statistische Effekte nieder wie die zeitliche Zuordnung von Zinszahlungen und Steuereinnahmen sowie ein besseres Ergebnis für Sozialversicherungen, Länder und Gemeinden, zu dem noch keine detaillierten Daten verfügbar sind.

Übersicht 9: Wirtschaftspolitische Bestimmungsfaktoren

	1999	2000	2001	2002	2003	2004
	In % des BIP					
Budgetpolitik						
Finanzierungssaldo des Staates						
Laut Maastricht-Definition ¹⁾	– 2,3	– 1,5	+ 0,3	– 0,6	– 1,2	– 1,0
Laut VGR	– 2,4	– 1,6	+ 0,0	– 0,8	– 1,3	– 1,1
Primärsaldo des Staates laut VGR	+ 1,4	+ 2,2	+ 3,8	+ 2,8	+ 2,2	+ 2,2
	In %					
Geldpolitik						
Dreimonatszinssatz	3,0	4,4	4,3	3,3	2,2	2,6
Sekundärmarktrendite ²⁾	4,7	5,6	5,1	5,0	3,9	4,0
	Veränderung gegen das Vorjahr in %					
Effektiver Wechselkursindex						
Nominell	+ 1,5	– 2,5	+ 1,0	+ 1,4	+ 2,2	+ 0,4
Real	– 1,1	– 3,5	+ 0,1	+ 0,6	+ 1,8	+ 0,2

¹⁾ Einschließlich Zinsströme aus Swap-Vereinbarungen, die der Staat abschließt. – ²⁾ Bundesanleihen mit einer Laufzeit von zehn Jahren (Benchmark).

Für heuer liegt noch kein Bundesvoranschlag vor. Die konjunkturellen Rahmenbedingungen lassen ein Defizit des Gesamtstaates von 2¼ Mrd. € (1,2% des BIP) erwarten. Der Anstieg gegenüber dem Vorjahr geht auf die schwache Zunahme der Einnahmen an direkten Steuern und die hohen Kosten der Arbeitslosigkeit zurück. Dazu kommen starke Steigerungen einzelner Ausgabenkategorien wie etwa der Familienförderung. Für 2004 wird ein erster Teil einer Abgabenreform angenommen, der Entlastungen im Bereich der Lohnsteuer, der Lohnnebenkosten und der Besteuerung nicht entnommener Gewinne umfasst. Dem stehen höhere Belastungen durch eine Anhebung von Energiesteuern und Krankenversicherungsbeiträgen gegenüber. Das Staatsdefizit dürfte 2004 bei 1% des BIP liegen. Die Abgabenquote ist aufgrund umfangreicher Steuerausfälle schon 2002 merklich zurückgegangen. 2003 und 2004 beträgt sie etwa 44% des BIP.